



Nach Zigaretten drohen auch Süssgetränke und Schönheitsoperationen unter einen Werbemann zu fallen. Fotos: Keystone/Breast Atelier/PD

Kommen jetzt Werbeverbote für Fleisch und Zucker?

Ja zu «Kinder ohne Tabak» Nach dem Werbeverbot für Raucherwaren sollen weitere Bereiche reguliert werden. In den Fokus gerät vor allem das Essen.

Gregor Poletti

Das Stimmvolk hat mit 56,6 Prozent die Initiative «Kinder ohne Tabak» angenommen, auch die Mehrzahl der Stände sagte Ja. Das sei die erste Initiative mit Präventionscharakter, die vom Volk angenommen werde, freut sich SP-Ständerat Hans Stöckli (BE), der Präsident des Initiativkomitees: «Das ist ein Meilenstein und ein Zeichen ans Parlament, wirtschaftspolitische Interessen nicht über gesundheitliche Anliegen zu stellen.»

Verärgert ist hingegen Initiativgegner und SVP-Nationalrat Mike Egger (SG): Die Befürworter hätten eine «schmutzige Kampagne» geführt. Dass auch der Gegenvorschlag Jugendliche und Kinder schütze und die Tabakabgabe erst ab 18 Jahren zulasse, sei verschwiegen worden. Wie die Tamedia-Nachbefragung zeigt, stimmten nur die Anhänger von SVP und FDP gegen die Initiative. Die Vorlage stiess vor allem in den Städten und bei den Frauen auf Anklang.

Künftig wird nur noch Tabakwerbung für Erwachsene erlaubt sein, etwa mit Mailings, Prospekten oder mit gezielter Werbung im Netz und in sozialen Medien. Für Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren darf Werbung nicht mehr sichtbar sein. Der Bundesrat muss nun das Tabakproduktegesetz anpassen und dem Parlament vorlegen. Innerhalb von drei Jahren müssen die Forderungen der Initiative in die Revision eingeflossen sein. Der Präsident des Schweizerischen Tabakwarenhandels, SVP-Nationalrat Gregor Rutz, spricht von

erheblichen Folgen, die etwa auf Kioskbetreiber oder Tankstellenshops zukommen: «Das radikale Werbeverbot wird auch Arbeitsplätze kosten.»

Ist das deutliche Ja erst der erste Schritt – und was bedeutet es für die künftige Präventionspolitik?

Kommen jetzt weitere Werbeverbote?

Es gibt immer wieder solche Anläufe, vor allem aus linksgrünem Lager. Roland Ehrler, Direktor des Schweizerischen Werbe-Auftraggeberverbands, befürchtet nun eine Zunahme von Vorstössen und Initiativen mit plakativen Namen wie zum Beispiel «Kinder ohne Zucker» oder «Kinder ohne Fett». Mit Werbeverböten löse man jedoch keine sozialen Probleme, gibt er zu bedenken. Dass seine Bedenken nicht unbegründet sind, zeigt eine erste Reaktion der Jungen Grünen: Sie fordern ein allgemeines Werbeverbot für Konsumgüter.

Was ist mit der Forderung nach einem Werbeverbot für Fleischprodukte?

Das Nein-Lager setzt in seiner Kampagne auf die Furcht vor einem Dammbuch bei Werbeverböten: «Heute Tabak, morgen Cervelat?», hiess es auf Plakaten. Der Fleischkonsum rückt tatsächlich verstärkt in den Fokus. Selbst das Bundesamt für Landwirtschaft schlägt vor, Werbung für Aktionsangebote beim Fleisch zu verbieten. Für Kilian Baumann, Biobauer und Nationalrat der Grünen, zeigt das deutliche Ja zur Tabakinitiative, dass auch beim Fleischkonsum

Tabakwerbungsverbot

Stimmbeteiligung: 44,2%



Quelle: BFS ▲ 50%

ein Umdenken stattfindet: «Die Drohung der Gegner mit dem Cervelat hat nicht verfangen.» Er hofft, dass die Chancen für einen Massnahmenplan zur Reduktion des Fleischkonsums gestiegen sind, wie er das in einer Motion fordert. Der Nationalrat diskutiert im Frühling erstmals über den parlamentarischen Vorstoss. Bisher verfielen solche Forderungen nicht: Mehrfach verlangten linksgrüne Politiker vom Bundesrat, die jährlich mit 5 Millionen Steuerfranken betriebene «Absatzförderung» für Schweizer Fleisch einzustellen oder nur noch für Werbung für Biofleisch einzusetzen – ohne Erfolg.

Wie stark kommt der Zucker unter Druck?

Auch Werbeverböte für «ungesundes Essen» werden immer wieder gefordert. Dabei steht nicht nur der Fleisch-, sondern vor allem auch der Zuckerkonsum im Fokus. Es gab in den vergangenen Jahren immer wieder politische Vorstösse, die den Zuckerkonsum regeln wollten. Besonders die SP-Nationalrätin Laurence Fehlmann Rielle (GE) stellte dazu diverse Forderungen auf. In ihrem jüngsten Vorstoss wollte sie vom Bundesrat wissen, was er zu tun gedenke, um

Kinder besser vor Zucker zu schützen. Die Antwort des Bundesrates: «Die Gespräche mit der Industrie zur Begrenzung der an Kinder gerichteten Lebensmittelvermarktung verliefen bisher ergebnislos.» Bislang blieben alle Vorstösse zur Eindämmung des Zuckerkonsums oder der entsprechenden Werbung chancenlos. Noch weiter geht der Vorstoss der grünen Nationalrätin Meret Schneider (ZH): Sie fordert, dass sämtliche Produkte mit einem Werbemann belegt werden, die der Ernährungsstrategie des Bundes widersprechen. Wie die Tamedia-Nachbefragung zeigt, ist derzeit eine knappe Mehrheit (55 Prozent) gegen Verböte für gewisse Lebensmittel wie Süssgetränke.

Und was ist mit Schönheitsoperationen?

Immer öfter ist auch der Klimaschutz Anlass für den Ruf nach Werbeverböten: So fordern die Grünen ein Werbeverbot für Produkte und Dienstleistungen, die einen hohen CO₂-Ausstoss verursachen und grosse Auswirkungen auf das Klima haben – die Erfolgsaussichten sind allerdings minim. Auf grösseres Wohlwollen dürfte ein Vorstoss des SP-Co-Präsidenten Cédric Wermuth stossen, der sich eines Spezialproblems annimmt: Ihm ist aufgefallen, dass immer mehr Schönheitszentren für ihre Dienste werben, darunter auch für höchst umstrittene Eingriffe. Deshalb fordert er für Schönheitsoperationen im Genitalbereich mit einer Interpellation ein generelles oder partielles Werbeverbot.

Nun sollen die heikelsten Versuche gestoppt werden

Tierversuche Die Initiative ist gescheitert. Doch der Streit geht weiter.

Die Ablehnung könnte wichtiger kaum sein: 79,1 Prozent der Stimmberechtigten haben gestern die Volksinitiative für ein Verbot für Tier- und Menschenversuche verworfen. Damit bleiben Tierversuche und Experimente, an denen Menschen teilnehmen, erlaubt, ebenso der Import von Medikamenten, die mithilfe von Tierversuchen entwickelt worden sind.

Das Begehren war der Bevölkerung schlicht zu radikal. Noch am meisten Zuspruch erhielt es bei der Wählerschaft der Grünen (34 Prozent), am wenigsten bei der FDP (12 Prozent); das zeigt die Tamedia-Nachbefragung. Männer haben die Initiative etwas deutlicher abgelehnt als Frauen.

So klar das Verdikt ist: Die Kontroverse um Tierversuche ist damit nicht zu Ende. Bereits haben die Initianten angekündigt, umgehend mit der Planung für eine neue Initiative zu starten. Und noch etwas wurde gestern klar: So geeint die Initiativgegner in den letzten Wochen aufgetreten sind, so schnell zerfällt die politisch heterogene Allianz nun wieder. Das zeigt sich anhand von Forderungen, die nun aus der Grünen Partei kommen.

Nationalrätin Meret Schneider verlangt ein Verbot für Primatenversuche. Beenden – oder zumindest stark reduzieren – will sie auch Tierversuche im Schweregrad 3, also die am schwersten belastenden. Schneider arbeitet an entsprechenden Vorstössen, die sie in der Frühjahrsession einreichen will, wie sie auf Anfrage bestätigt.

Wirtschaft lehnt Verböte ab

Die Forderungen wecken bei der forschenden pharmazeutischen Industrie Widerstand. Der Verband Scienceindustries lehnt beide Verböte ab: Tierversuche seien nach wie vor unerlässlich, um Patienten sichere Arzneimittel zur Verfügung zu stellen und neue Therapien gegen schwere oder noch unheilbare Krankheiten zu entwickeln.

Im Parlament dürften die beiden Begehren ebenfalls einen schweren Stand haben. Ähnliche Vorstösse sind in der Vergangenheit gescheitert. Und auch jetzt stehen die Zeichen wieder so, wie Nachfragen zeigen. Ständerätin

Basel-Stadt will keine Grundrechte für Primaten

Affen erhalten keine verfassungsmässigen Grundrechte. Das Stimmvolk hat eine Volksinitiative mit 74,7 Prozent abgelehnt. Für das Anliegen der Tierrechtsvereinigung Sentience Politics gingen 12'895 Stimmen ein, dagegen votierten 38'150 Personen. Die Stimmbeteiligung lag bei 51 Prozent. Die Initiative hatte verlangt, dass nichtmenschlichen Primaten wie ihren menschlichen Verwandten in der Kantonsverfassung das Recht auf Leben und auf geistige und körperliche Unversehrtheit gewährt werden soll. Die Abstimmung sorgte weit über die Kantons- und sogar Landesgrenzen hinaus für viel Aufmerksamkeit. Basel-Stadt stimmte als weltweit erste staatliche Gebietskörperschaft über verfassungsmässige Grundrechte für Affen ab. (sda)

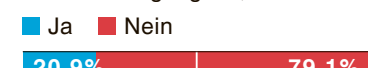
Andrea Gmür (Mitte) zum Beispiel sagt, sie lehne beide Verbötsforderungen ab, «zum Wohl und für die Gesundheit von Mensch und Tier».

In einem anderen Punkt dagegen herrscht Einigkeit: Die Schweiz soll die 3-R-Forschung vorantreiben, also die Bemühungen, Tierversuche zu reduzieren, zu verfeinern und zu ersetzen. Die Hochschulen wünschen sich dazu ein langfristiges Commitment der Politik, wie Vertreter gestern deutlich gemacht haben.

Letztes Jahr hat der Bund 20 Millionen Franken für ein neues 3-R-Forschungsprogramm aufgeworfen, verteilt auf fünf Jahre. Zusätzlich erhält das 2018 gegründete 3-R-Kompetenzzentrum neu mehr Mittel, pro Jahr sind es nun total rund 4 Millionen Franken, davon 3,5 von Bund

Tierversuchsverbot

Stimmbeteiligung: 44,2%



Quelle: BFS ▲ 50%

und Hochschulen. «Es herrscht trotzdem noch immer ein grosses Ungleichgewicht», sagt Ständerätin Maya Graf (Grüne). Genaue Zahlen existieren zwar nicht. Eine Vorstellung gibt aber folgender Vergleich: 2019 gingen vom Schweizerischen Nationalfonds 140 Millionen Franken an Projekte, die auch Tierversuche beinhalten, viel mehr also als an die 3-R-Forschung.

Es sei unbefriedigend, sagt Graf, dass noch immer mehr als eine halbe Million Tiere pro Jahr direkt für Versuche gebraucht würden. Sie zeigt sich aber zuversichtlich, dass dank der Volksinitiative und jahrelangem politischem Druck ein Umdenken stattfindet, auch mit Blick auf die wirtschaftlichen Chancen der 3-R-Forschung. «Die Schweiz kann sich so einen Innovationsvorteil verschaffen.»

Streit um Geld absehbar

Prompt kommen aus der Wirtschaft positive Signale. «Wir unterstützen grundsätzlich das Anliegen, dass der Förderung des 3-R-Prinzips die notwendigen Mittel zur Verfügung gestellt werden», sagt Michael Wiesner, Sprecher des Wirtschaftsverbandes Economiesuisse.

Offen ist jedoch, ob der Konsens bestehen bleibt, wenn es um die Höhe der finanziellen Mittel geht. Die vorbereitende Wissenschaftskommission des Nationalrats hat im letzten Herbst einen Vorstoss von Katja Christ (GLP) gutgeheissen, der «mehr Ressourcen und Anreize» für die 3-R-Forschung verlangt.

Nun wird sich die ständerätliche Schwesterkommission darüber beugen, Anhörungen mit Experten sind im zweiten Quartal geplant. Für die Grüne Graf ist jetzt schon klar: Es braucht mehr Geld. Mitte-Politikerin Gmür hingegen will die Anhörungen abwarten. Sie selber sei «eher skeptisch», ob weitere Mittel notwendig seien.

Stefan Häne